

Rucht, Dieter

Article — Published Version

Demokratisierung durch Bewegungen? Demokratisierung der Bewegungen?

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (2018) : Demokratisierung durch Bewegungen? Demokratisierung der Bewegungen?, Forschungsjournal Soziale Bewegungen, ISSN 2365-9890, De Gruyter, Berlin, Vol. 31, Iss. 1-2, pp. 40-51,
<https://doi.org/10.1515/fjsb-2018-0006>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/200407>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Demokratisierung durch Bewegungen? Demokratisierung der Bewegungen?

Dieter Rucht

Dieser Essay geht zwei Fragen nach: Haben die Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte zu einer Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft beigetragen? Sind Protestgruppen und soziale Bewegungen in ihren internen Strukturen und Kommunika-

tionsformen demokratischer geworden? Vor dem Versuch einer Antwort sollen allerdings kurz einige Entwicklungen des Bewegungssektors und seiner gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den letzten drei Jahrzehnten skizziert werden.

1 | Zur Entwicklung des Protest- und Bewegungssektors seit den späten 1980er-Jahren

Erst wenige Monate vor der Erstellung dieses Essays ist ein teilweise datengestützter Überblick zur Entwicklung des Protest- und Bewegungssektors in Deutschland seit den letzten drei Jahrzehnten erschienen (Rucht/Teune 2017). Somit mag es genügen, hier lediglich an einige Grundlinien zu erinnern.

Abgesehen von der großen Kampagne gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin 1988 fiel die Gründung der Zeitschrift „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“ (später ohne das Adjektiv „Neue“) in keine bewegungspolitisch aufregende Phase. Die Anti-AKW-Bewegung hatte ihre „Schlachten“ an den Bauzäunen hinter sich. Die Feministinnen traten nur noch selten auf der Straße in Erscheinung. Auch um die noch wenige Jahre zuvor sehr starke Friedensbewegung war es still geworden. Insgesamt war die Emphase der neuen sozialen Bewegungen abgeklungen, so dass die ersten Abgesänge auf diesen Bewegungstypus angestimmt wurden. Solche Einschätzungen waren allerdings überzogen und voreilig. Richtig war wohl die Feststellung, dass der Schwung, die Hoffnung auf eine absehbare und grundlegende Erneuerung der Gesellschaft der Bundesrepublik, weitgehend versandet war. Die Idee einer alle Themenfelder übergreifenden „Alternativbewegung“, die Erwartung, dass sich eine „Zweite Kultur“ neben und in Spannung zur herrschenden politischen Kultur etablieren werde, erfüllte sich nicht.

Besonders deutlich wurde dies in zwei Bereichen, in denen alternative Strukturen realisiert werden sollten. Das waren zum einen die Versuche, ökonomische Betriebe aufzubauen, die sich den Gesetzen der kapitalistischen Produktions- und Verwertungslogik zumindest teilweise entziehen würden. Der zweite Bereich betraf die Parteipolitik. Mit dem Entstehen alternativer, bunter und grüner Listen, später dann mit der Etablierung der „Grünen“ sollte den hierarchisierten und verkrusteten Parteien

ein anderes Modell entgegengesetzt werden. Es war gar von einer Anti-Parteien-Partei die Rede. Doch in beiden Fällen war schon nach wenigen Jahren weitgehend „Normalität“ eingekehrt (siehe dazu Teil 2).

Auch wenn sich die Große Alternative nicht realisieren ließ und in den Bewegungen, ähnlich wie nach dem Aufbruch der Außerparlamentarischen Opposition der späten 1960er-Jahre, mehr Nüchternheit und Pragmatismus einkehrte, so blieben doch die neuen sozialen Bewegungen insgesamt relativ stabil, bauten ihre Organisationen und Infrastrukturen aus und waren auch immer wieder mit Straßenprotest präsent. Besonders deutlich zeigte sich dies in der Ökologiebewegung, den städtischen Bewegungen, der Dritte-Welt-Bewegung und der Frauenbewegung: Die Themen wurden kleinteiliger und spezifischer, die Massenproteste seltener, die Forderungen gezielter.

Mit den Wendeprotesten und der nachfolgenden Wiedervereinigung der beiden Deutschlands begann eine neue Etappe, obgleich zunächst für die Bewegungen im Westen alles beim Alten zu bleiben schien. Massiv waren dagegen die Umbrüche in Ostdeutschland. Der Kapitalismus setzte in atemberaubendem Tempo zu einer weiteren Landnahme an; ebenso dehnte sich das westdeutsche Parteiensystem auf den Osten aus. Auch fassten etliche der Bewegungsorganisationen des Westens rasch Fuß im Osten, während die Bürgerbewegungen der DDR rasch zerfielen und nur wenige der vormals bestehenden Bewegungsorganisationen, darunter der Ökolöwe – Umweltbund Leipzig, überlebten. Die „Abwicklung“ der weitgehend maroden Industrie war mit enormen Verwerfungen für die Beschäftigten verbunden. Das führte zunächst zu Protesten gegen Betriebsschließungen, Streiks und anderen Arbeitskämpfen, mündete jedoch nicht in eine übergreifende Bewegung.

Die entscheidendsten und bis heute folgenreichsten Veränderungen im Westen wie im Osten ergaben sich ab den frühen 1990er-Jahre im Gefolge des starken Zustroms von Flüchtlingen und MigrantInnen. Die Antwort war eine dramatisierende Kommentierung in den meisten

Medien und auf Seiten der etablierten Politik (Motto „Das Boot ist voll“), eine Welle von ausländerfeindlichen Protesten, Attacken und Brandanschlägen, nicht zuletzt auch der 1993 beschlossene Asylkompromiss, der gegenüber der bis dahin bestehenden grundgesetzlichen Regelung deutliche Restriktionen beinhaltete.

Verbunden mit diesen Entwicklungen war ein deutlicher Anstieg rechtsradikaler Auftritte, der auf hohem Niveau, wenngleich mit temporären Schwankungen, bis heute anhält. Die Protestgewalt, die bis in die 1980er-Jahre stärker im linken Spektrum gelegen hatte, verschob sich fortan deutlich nach rechts; auch konzentrierte sie sich mehr in den neuen Bundesländern. Das Aufkommen und wachsende Selbstbewusstsein rechtsradikaler, später auch rechtspopulistischer Gruppierungen ist wohl die markanteste und einschneidendste Entwicklung im Bewegungssektor seit den 1990er-Jahren. Sie blieb nicht ohne Gegenmobilisierung, bei der sich wiederum die radikale internationalistische Linke, teilweise explizit als „Antifa“ auftretend, besonders engagierte und immer wieder Konfrontationen suchte, während andere linke Strömungen, so auch die Autonomen, allmählich schwächer wurden und ihre eigene Krise debattierten.

Im Feld der mehr gemäßigten linken und linksliberalen Bewegungen kam es zu keinen tektonischen Verschiebungen, wenngleich in der Außenwahrnehmung die neuen sozialen Bewegungen zugunsten „neuer“ neuer sozialer Bewegungen in den Hintergrund traten. Zu diesen neuen Bewegungen wurden die globalisierungskritischen Bewegungen, später auch die Occupy-Bewegung, das Blockupy-Bündnis und einige spezifischere Kampagnen (etwa zum Datenschutz, gegen das geplante ACTA-Abkommen, gegen Freihandelsabkommen) gerechnet. Diese Bewegungen reagierten auf massive ökonomische und politische Trends, namentlich die beschleunigte neoliberale Globalisierung, die fortschreitende Durchkapitalisierung von Lebensbereichen, die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich und das wachsende Prekariat; sie setzen auch durch die Art ihrer Auftritte, Slogans und

Kommunikationsformen neue Akzente. Aber sie unterschieden sich in ihrem Kern nicht oder nur unwesentlich von den neuen sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre. Besonders deutlich wird diese Kontinuitätslinie, die allerdings kaum im Selbstverständnis zumal junger AktivistInnen gespiegelt wird, bei den globalisierungskritischen Bewegungen, deren Kritikpunkte, Forderungen und Auftritte denen der 1980er-Jahre glichen. Dass diese Bewegungen erst mit der „Battle of Seattle“ im Jahr 1999 ihre Geburtsstunde erlebt hätten, ist ein noch immer verbreiteter Mythos.

Allerdings ergaben sich graduelle Verschiebungen im Themenspektrum, den Forderungen, Strukturen und Protesten progressiver Bewegungen. Der Blick auf die globale Problemdimension vieler vermeintlicher Spezialthemen wurde geschärft. Der Anteil postmaterialistischer Themen hatte in Relation zu materialistischen „Brot und Butter“-Themen abgenommen. Fragen der weltweiten Handelsbeziehungen, der grenzüberschreitenden Migration, der Kriege und Bürgerkriege wurden aufgegriffen. Auch in einigen anderen Policy-Bereichen kam es zu neuen Akzentuierungen. Im weit gefassten ökologischen Themenfeld rückten Fragen des Klimaschutzes, der gesunden Ernährung, der industriell betriebenen Agrarwirtschaft und des Tierschutzes stärker in den Vordergrund.

Der Streit um die zivile Nutzung der Atomenergie verlor aufgrund der Ausstiegsvereinbarungen insgesamt an Brisanz, blieb aber im Hinblick auf Nukleartransporte sowie die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll weiterhin für die Anti-AKW-Bewegung bedeutsam. In Einzelfällen führten militärische Konflikte (z.B. der Irakkrieg 2003), weit reichende Beschlüsse des Bundestages (z.B. die Hartz IV-Gesetzgebung) und regionale Planungsvorhaben (z.B. das Bahnprojekt Stuttgart 21) zu großen, aber – anders als im Falle Stuttgart – lediglich kurzzeitigen Mobilisierungswellen. In der Breite der Einzelthemen und auch in räumlicher Hinsicht war über die letzten Jahrzehnte eine kaum überschaubare Fülle an kleinteiligen Aktivitäten von Initiativen und Bewegungen zu verzeichnen.

Neben bereichsspezifischen Konflikten offenbarte sich auch ein umfassendes Unbehagen an der ökonomischen und politischen Grundkonstellation in einer Welt, die zunehmend aus den Fugen zu geraten schien. In ökonomischer Sicht kam es zu Wiederbelebung einer sehr grundsätzlichen Kapitalismus- und Wachstumskritik, in ihrer radikalen Form vorgetragen von einer vorerst kleinen No-Growth-Bewegung. In politischer Hinsicht verstärkte sich die Kritik an den Institutionen und Formen des etablierten Politikbetriebs – einer Kritik, die gepaart mit einem Misstrauen gegenüber der „politischen Klasse“, auch auf rechter Seite geübt wird. Zusammen genommen führte dies zu einem vorerst diffus bleibenden Legitimationsverlust der liberalen repräsentativen Ordnung, von dem nicht nur die nationalen Institutionen, sondern auch die EU und weitere internationale Einrichtungen (IMF, Weltbank, WHO, G7 bzw. G8, G20) betroffen sind. Reaktionen darauf sind die Aufwertung der Zivilgesellschaft, die Bemühungen um mehr direkte Demokratie, Forderungen nach mehr Transparenz und einer besseren Kommunikation zwischen Bürgerschaft und politisch-administrativen Organen (siehe Teil 2).

Über all diese Themen hinweg hat sich der Bewegungssektor auch strukturell verändert. Neben der bereits erwähnten Konsolidierung und Verdichtung der teils formellen, teils informellen Infrastruktur im linken wie rechten Segment sind als große Trends eine zunehmende Arbeitsteilung, Verfachlichung, Professionalisierung und mediale Orientierung festzustellen. Das ist per se keine neue Erscheinung, hält man sich die Strukturen und Praktiken einer Großorganisation wie Greenpeace vor Augen. Allerdings erfasst dieser Trend immer mehr Gruppen und Organisationen, darunter auch relativ kleine Einheiten. Hinzu kommt die Etablierung eigenständiger webbasierter Kampagnenorganisationen, in Deutschland insbesondere Compact, die eine breite Themenpalette aufweisen, ein spezielles Know-how für Mobilisierungstechniken entwickelt haben und mit ihren bedeutenden personellen und finanziellen Ressourcen das *Agenda Setting*

eines ganzen Bewegungssektors beeinflussen können. Auch mit Blick auf diese strukturellen Trends sei auf unsere detailliertere Darstellung verwiesen (Rucht/Teune 2017).

2 | Gesellschaftliche und bewegungsinterne Demokratisierung?

Wenn von Demokratisierung die Rede ist, so bezieht sie sich vor allem auf die makrostrukturelle Ebene, also auf das politische System. In manchen Parteien, Verbänden und mehr noch in progressiven sozialen Bewegungen wird zudem der Anspruch auf interne Demokratisierung erhoben und zumeist eng mit dem Vorhaben einer Demokratisierung der Gesamtgesellschaft verknüpft. Die letztgenannte Ebene soll zunächst behandelt werden.

2.1 | Demokratisierung der Demokratie?

Mit der Etablierung moderner liberal-repräsentativer Demokratien, ihren rechtsstaatlichen Garantien und teils auch wohlfahrtsstaatlichen Leistungen schien in den Augen vieler ein Höhe- und Endpunkt demokratischer Entwicklung erreicht. Gewiss, so der Tenor, lasse sich dieses System verfeinern und neuen Herausforderungen anpassen, doch galt es – gerade auch angesichts des Scheiterns rätendemokratischer Experimente – als die beste aller möglichen Regierungsformen.

In der Bundesrepublik war die repräsentative Komponente nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Weimarer Republik besonders stark ausgeprägt. Deshalb wurde von der Direktwahl von Bundeskanzler und Bundespräsident wie auch von Referenden auf Bundesebene, laut Theodor Heuss einer „Prämie für jeden Demagogen“, abgesehen. Mit der Neuen Linken, der Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre und der nachfolgenden Gründungswelle von Bürgerinitiativen wurden allerdings Forderungen nach einer partizipatorischen Demokratie laut. Dies galt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für viele andere westliche Länder. Ein frühes Dokument dieser Bestrebungen ist das Port

Huron Statement des US-amerikanischen SDS aus dem Jahr 1962 (Students for a Democratic Society 1962). Und auch ein Rudi Dutschke meinte: „Selbstverwaltung der Produzenten, Produzentengesellschaft, direkte Demokratie: das ist ja nun ein Modell, das für unsere Gegenwart zukunftsfruchtig ist ...“ (Ein Gespräch über die Zukunft 1968: 147).

Wenngleich nicht ohne Wirkung, blieben die Demokratisierungsbemühungen und das Programm eines „radikalen Reformismus“, vertreten u.a. von Jürgen Habermas, André Gorz, Joachim Hirsch und John Holloway, doch weit hinter den Erwartungen zurück. Immerhin kam es in verschiedenen Politikfeldern zu teils unverbindlichen, teils aber auch gesetzlich verankerten Anhörungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten, so etwa bei der Raumplanung und Bauleitplanung, Projekten im Verkehrsbereich, im Energiesektor und im Umweltschutz, hier auch mit der Möglichkeit der Verbandsklage. Gestärkt wurden zudem die Informationsrechte der BürgerInnen gegenüber staatlichen Verwaltungen. Auf Länderebene wurden die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide teilweise reduziert, auf kommunaler Ebene das Instrument von Bürgerentscheiden verankert und ausgebaut. Institutionalisiert wurden Bürgerkommunen, Bürgerhaushalte, Gleichstellungsstellen, Frauenbeauftragte, Ausländerbeiräte, Ausländerbeauftragte, Schülermitverwaltungen und vieles mehr. Selbst auf EU-Ebene fanden entsprechende Bestrebungen einen Niederschlag in Gestalt der 2012 eingeführten Europäischen Bürgerinitiative.

Das alles ist nicht gering zu schätzen, aber beinhaltet keine grundlegende Veränderung des demokratisch-repräsentativen Institutionengefüges. Ungeachtet aller symbolischen, rhetorischer und teils auch institutionellen Zugeständnisse ergaben sich in der politischen Praxis eher gegenläufige Tendenzen in Richtung von Demokratieverlusten, sichtbar an dem steigenden Gewicht der Exekutive gegenüber der Legislative, der Verlagerung politischer Vorentscheidungen in Experten- und Beraterzirkel, dem ausufernden Lobbyismus organisierter Wirtschaftsinteressen, der verti-

kalen Verschiebung formeller und faktischer politischer Entscheidungskompetenzen auf höhere Ebenen etc. All das ist bereits wortreich beschrieben und von politikwissenschaftlicher Seite mit Begriffen wie „Zuschauerdemokratie“ „democratic malaise“ und zuletzt „Postdemokratie“ (Crouch 2004) bedacht worden. Die Pointe der Postdemokratie-These liegt in der Feststellung, dass das demokratische Institutionengefüge nicht absichtsvoll zugunsten autoritärer Strukturen demontiert wird, wie es derzeit in Ländern wie Ungarn, Polen und der Türkei zu beobachten ist. Vielmehr besteht es als formale Hülle unverändert fort, wird aber durch schleichende Prozesse der politischen Praxis gleichsam von innen her ausgehöhlt.

Wird nach dem Erbe von 1968 gefragt, so ist zwar gelegentlich von einer Belebung der Demokratie die Rede, doch ist es zu keinem grundlegenden Umbau der institutionellen Hardware gekommen. Jürgen Habermas, der auf die Frage, was von 1968 geblieben sei, die lapidare Antwort „Rita Süßmuth“ gab (in: Frankfurter Rundschau vom 11.3.1988), verweist damit auf das Vordringen liberalen Gedankenguts in das konservative Lager, aber signalisiert keinen institutionellen Wandel. Der Tenor der Wirkungsbilanzen zu 1968 lautet, dass sich die politische Kultur in Richtung von mehr Pluralität, mehr Toleranz, mehr Hedonismus verändert habe. Die neuen sozialen Bewegungen haben diesen Trend sicherlich verstärkt (Rucht 1997; Rucht/Roth 2008). Ungeachtet dessen hat jedoch gerade in jüngerer Zeit die Kritik am Zustand der Demokratie zugenommen.

Die liberal-repräsentative Demokratie, die von Teilen der Neuen Linken als „Formaldemokratie“ abqualifiziert wurde (Agnoli/Brückner 1967), ist heute von zwei Seiten unter Druck geraten. Auf der einen Seite stehen linke und teilweise linkspopulistische Bewegungen, die auf Distanz zum etablierten Politikbetrieb gehen. Vor allem aus globalisierungskritischen Bewegungen und der Occupy-Bewegung wird, gemäß dem Slogan der spanischen Indignados „¡Democracia Real Ya!“ (Echte Demokratie Jetzt!), eine andere Demokratie gefordert (Szo-

lucha 2017). Gemeint ist eine Demokratie, die auf Elementen der Versammlungsdemokratie, des Zuhörens, der intensiven Deliberation, des Ringes um Konsens (in Abgrenzung zu Mehrheitsprinzip und Kampfabstimmung), auf einfacher und klarer Sprache, auf einer „Politik der ersten Person“ (ein Slogan der 1970er-Jahre), auf Transparenz, Authentizität und Responsivität beruht. Repräsentative Strukturen werden meist nicht kategorisch abgelehnt, wie das Beispiel der spanischen Bewegungspartei Podemos zeigt, aber sie sollen basisnah sein und den Versuchungen von Vetternwirtschaft und Korruption widerstehen.

Auf der anderen Seite stehen rechtspopulistische und rechtsradikale Gruppen, die die Gesamtheit der „Altparteien“ und der etablierten Medien („Lügenpresse“) ablehnen und in ihnen gar „Volksverräter“ sehen. Parlamente werden zwar als Bühne, Anklagebank und Ressourcenpool genutzt, aber gelten im Grunde als Teil des abgelehnten Systems. Auffallend ist die Forderung nach direkter Demokratie als eines Instruments, mit dem sich der unverfälschte und letztlich als homogen gedachte Volkswille Geltung verschaffen soll. Es ist nicht ohne Ironie, dass beispielsweise Kathrin Oertel, damalige Frontfrau von Pegida, das Thema direkte Demokratie für ihre Zirkel entdeckte und ihm durch die Gründung eines entsprechenden Vereins zum Leben verhelfen wollte. Dies, so kann man vermuten, erfolgte in Unkenntnis der Tatsache, dass mit dem seit 1989 bestehenden Verein „Mehr Demokratie e.V.“ das Terrain längst, wenngleich von politisch progressiver Seite, besetzt war.

Die erneut auflebende Debatte um direkte Demokratie macht auch deutlich, wie stark die Kritiker und Gegner direkter Demokratie den Wahrnehmungen, Denkmustern und Argumenten verhaftet sind, die seit Jahrzehnten im Umlauf sind und davor bereits gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht vorgetragen wurden. Kern dieser Positionen ist die Angst vor dem Souverän (Gosewinkel/Rucht 2008) und sein Gegenstück, das Vertrauen in die politische Weisheit und Gemeinwohlorientierung der Eliten. Eher in subtilen, weil heutzutage

nicht länger politisch korrekten Formulierungen, wird die Unbedingtheit des Repräsentativsystems verteidigt – eine Haltung, die auf der Vorstellung von Leadership Democracy beruht (so Mackie 2009 in kritischer Interpretation von Schumpeter) und bei Schumpeter noch ganz unverblümt zutage tritt: „Man kann (durch Vorträge, Kurse, Diskussionen, D.R.) die Menschen nicht die Leiter hinauftragen. So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt. Er argumentiert und analysiert auf eine Art und Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde. Er wird wieder zum Primitiven. Sein Denken wird assoziativ und affektmäßig“ (Schumpeter 1950: 416f.). Akzeptiert wird lediglich das Prinzip der auf freien und gleichen Wahlen beruhenden Elitenzirkulation, während das Volk von direkten Interventionen in die komplexe Welt der Fachpolitik abgehalten werden soll.

Allerdings ist die Geschlossenheit der Gegner direkter Demokratie in der Bundesrepublik längst dahin, zumal nicht einleuchten will, warum Praktiken, die auf der Ebene von Gemeinden und Bundesländern keineswegs zur Selbstzerstörung der Demokratie geführt haben, auf Bundesebene ein Desaster bedeuten sollten. Im parteipolitischen Lager, so steht zu erwarten, fällt mit der CDU über kurz oder lang die letzte Bastion gegen Volksentscheide auf nationaler Ebene. Aber selbst dann wird die Demokratie nicht einfach vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Vermutlich wird das anhaltende Misstrauen gegenüber dem Souverän in restriktiven Hürden (etwa hohen Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide) seinen Niederschlag finden. Widerstand dagegen steht in Aussicht. Wie stark er am Ende sein wird, bleibt abzuwarten. Der tapfere Verein Mehr Demokratie mit seinen gut 10.000 Mitgliedern und Förderern sowie 7.500 Spendern wird auf flankierende soziale Bewegungen und andere Bündnispartner angewiesen sein, um seinen Zielen näher zu kommen.

Das Projekt einer Demokratisierung der Demokratie erschöpft sich allerdings nicht

in der Einführung des Volksentscheids auf Bundesebene. Es ist Teil eines umfassenderen Vorhabens für *Bürgermacht*, wie es u.a. von Roland Roth (2011) ausbuchstabiert wurde. Es bleibt, allen ultimativen Forderungen nach „Echter Demokratie jetzt!“ zum Trotz, ein Projekt der kleinen, aber mit langem Atem unternommenen Schritte. In seiner anspruchsvollen Variante ist es kein Projekt, um die demokratische Methode (Downs 1957) als einen Modus der Bestellung politischer Herrschaft zu optimieren. Sein utopischer Fluchtpunkt ist vielmehr die Realisierung von Demokratie als Lebensform: „Demokratie arbeitet an der Selbstbestimmung der Menschheit, und erst wenn diese wirklich ist, ist jene wahr. Politische Beteiligung wird dann mit Selbstbestimmung identisch sein“ (Habermas 1969: 15).

2.2 | Demokratisierung sozialer Bewegungen

Von Gruppen, die für eine Demokratisierung der Demokratie eintreten, wird erwartet, dass sie demokratische Prinzipien auch in ihren eigenen Reihen befolgen. Sind sie dazu außerstande, obgleich sie in diesem Fall die Spielregeln selbst in der Hand haben, werden ihre Forderungen insgesamt unglaublich.

Im Streben nach mehr Demokratie gibt es zwei unterschiedliche Vorgehensweisen. Gemäß einer Zwei-Stufen-Strategie sollen, ganz im Sinne von *prefigurative politics* (Poletta 2002; Leach 2013; Yates 2015), demokratische Strukturen und Verfahren zunächst innerhalb der eigenen Gruppen und Bewegungen verwirklicht werden. Im Kleinen gilt es, das vorzuleben und einzuüben, was sich dann aufgrund seines Modellcharakters gesellschaftsweit durchsetzen kann. Anderen erscheint dieses Vorgehen als wenig aussichtsreich. Vielmehr müssten Demokratisierung und auch darüber hinausgehende Vorstellungen einer anderen gesellschaftlichen Ordnung *zugleich* im eigenen Umfeld und auf der Ebene der Gesamtgesellschaft ansetzen. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass Makrostrukturen immer schon Mentalitäten, Einstellungen und Interaktionen im Mikrobe-

reich prägen, es somit „kein richtiges Leben im Falschen“ geben könne. Demokratische und solidarische Praktiken, die sich auf die Gruppenebene beschränkten, blieben insuläre Experimente. Ihre Verbreiterung scheiterte an einer unverändert harten, ganz anderen Gesetzen folgenden systemischen Wirklichkeit. Bemühungen um grundlegenden sozialen Wandel müssten somit auf beiden Ebenen Hand in Hand gehen.

Mit Blick auf beide Strategien lassen sich Beispiele aus der weiter zurückliegenden Geschichte wie auch der Gegenwart progressiver Bewegungen anführen (Boggs 1977; Goertz 1984; Hammond 2012; della Porta 2015). Soweit es um radikaldemokratische Vorstellungen geht, werden interne Hierarchie und starke Führerschaft strikt abgelehnt. Teilweise verbindet sich damit auch die Idee des Gemeineigentums. Am konsequentesten in dieser Hinsicht waren und sind anarchistische Gruppierungen (Williams 2017), aber auch einige religiöse Glaubensgemeinschaften wie die der Amisch, Hutterer und Quäker.

Die Ablehnung von rigiden Strukturen, Disziplin und Gefolgschaft, die Befürwortung offener und egalitären Gruppenstrukturen, das Konzept einer „Politik von unten“ (Roth 1994) und die Anerkennung des „subjektiven Faktors“ und der emotionalen Dimension sozialen und politischen Handelns bildeten auch ein konstitutives Merkmal der Neuen Linken und der neuen sozialen Bewegungen, die sich u. a. in dieser Hinsicht von der Alten Linken abgrenzten (Breines 1982). Die Praxis der Studentenbewegung war allerdings weniger egalitär und demokratisch als proklamiert, was zu einer Revolte der Frauen innerhalb der Bewegung führte. In der sich formierenden neuen Frauenbewegung setzte der radikal-feministische Zweig auf strikte Egalität wie auch strikte Informalität. Die in dieser Phase entstandenen *consciousness raising groups* waren allerdings mit den Problemen einer „Tyrannei der Strukturlosigkeit“, u. a. informellen Hierarchien und fehlender Verantwortlichkeit konfrontiert, so die ernüchternde Beobachtung der feministischen Sozialwissenschaftlerin Jo

Freeman (1970). Am konsequentesten wurden radikaldemokratische Vorstellungen in der Kommunebewegung zu realisieren versucht. Dem radikalen Aufbruch folgten jedoch meist, sofern entsprechende Experimente überhaupt eine längere Lebensdauer erreichten, pragmatische Zugeständnisse.

Auch in der gegen Ende der 1970er-Jahre aufblühenden „alternativen Ökonomie“ hatten sich Kleinbetriebe als „Firmen ohne Chef“ programmatisch dem Egalitätsprinzip verschrieben. Faktisch gab es aber auch dort Führungspersonen, die jedoch ihren Status durch betont lockere Umgangsweisen und die symbolische Beschwörung des egalitären „Wir“ fortlaufend zu dementieren versuchten (Paris/Sofsky 1991). In größeren bewegungsnahen Organisationen, die aufgrund ihrer Funktionen kaum ohne verbindliche Strukturen auskommen konnten, kam es zu Versuchen, hierarchisch-bürokratische Muster zumindest abzuschwächen. Beispiele dafür sind die anfänglichen Praktiken innerhalb der links-alternativen tageszeitung, welche zunächst mit ehrenamtlichen zuarbeitenden lokalen Redaktionsteams, dem Verzicht auf eine Chefredaktion und dem Unikum der „Säzzerkommentare“ aufwartete. Doch allmählich hat sich die Zeitung strukturell den etablierten Printmedien deutlich angenähert, sieht man vom genossenschaftlichen Standbein der Zeitung ab. Ein zweites Beispiel bieten die Grünen, später auch die Piratenpartei, die ihre alternativen Strukturen (u.a. Rotationsprinzip, keine Ämterhäufung, Öffentlichkeit der Gremien) bald aufgaben.

Während sich in den neuen sozialen Bewegungen, von Ausnahmen wie den Autonomen und dem Netzwerk um die Zeitschrift Graswurzelrevolution abgesehen, eine pragmatische Grundströmung durchsetzte, erfuhr der Gedanke egalitärer Strukturen und Binnenkommunikationen eine erneute Blüte im Rahmen globalisierungskritischer Bewegungen und – noch deutlicher – in der Occupy- und Indignados-Bewegung.

Innerhalb der sehr heterogenen globalisierungskritischen Bewegungen war und ist die Frage der internen Strukturen und Kommu-

nikationsformen von großer Bedeutung (della Porta 2009, 2013; Sitrin 2012). Das zeigte sich beispielsweise bei den globalen, kontinentalen und nationalen Sozialforen dieser Bewegungen (Rucht 2011). Eine radikaldemokratische Strömung, die sich selbst als „horizontal“ bezeichnet, ist an egalitären Prinzipien orientiert und kritisiert die stärker formalisierten und hierarchisch ausgerichteten Organisationen, die teils aus kommunistischen Gewerkschaften und Parteien bestehen. Gegen die Versuche der „verticals“, Problemprioritäten und Strategien durch Abstimmungen von Delegierten oder im Rahmen von offenen *Assemblies of Social Movements* festzulegen, vertritt sie die Auffassung, dass jede Gruppe und Teilbewegung vollkommene Autonomie besitzen solle.

Kritisiert wurde auch die Tendenz eines anhebenden Starkults innerhalb der Bewegungen durch monologische Auftritte von politischen Führungsfiguren wie dem vormaligen brasilianischen Präsidenten Lula da Silva oder von Bewegungsprominenten wie Noam Chomsky oder Naomi Klein. Die „horizontal“ richteten innerhalb der Sozialforen *autonomous spaces* ein, um selbstbestimmt kommunizieren zu können. Der harte Kern der „horizontal“ blieb eine Minderheit, aber strahlte doch auf andere, auch nicht mit den Sozialforen verbundenen Gruppen aus, die für Fragen von Hierarchie und Oligarchie stärker sensibilisiert wurden (Haug 2010; Juris et al. 2012; Rucht/Haug 2013).

Zuletzt war es wohl die um 2011 in Gang gekommene Occupy-Bewegung, die Fragen interner Macht aufgriff und dabei noch weiter ging als die „horizontal“ der globalisierungskritischen Bewegungen. In Deutschland und einigen anderen Ländern lehnten die AktivistInnen in den Camps jegliche Zusammenarbeit mit organisierten linken Gruppen wie Attac ab und vertraten die Auffassung, dass alle TeilnehmerInnen nur für sich sprechen könnten. Das mündete selbst bei banalen Anlässen, etwa der journalistischen Anfrage, ein Interview führen zu können, in lange Diskussionen. Noch längere Diskussionen gab es, wenn Entscheidungen getroffen werden sollten, wie man mit

Behörden, der Polizei, mit Freiräumen und Schutz suchenden Obdachlosen, Drogenabhängigen und MigrantInnen umzugehen habe. Das geheiligte Konsensprinzip war schwer zu realisieren, da sich die Zusammensetzung der Beteiligten von Stunde zu Stunde und von Tag zu Tag ändern konnte.

Damit traten die Probleme zutage, die bereits Jo Freeman vier Jahrzehnte zuvor in feministischen Gruppen beklagt hatte. Vor allem die Anfänge von Occupy und das damit verbundene mediale Interesse bedeutete speziell für jüngere AktivistInnen eine geradezu berauschende Erfahrung, doch machte sich mit den Mühen der Ebenen, den Alltagsproblemen in den Camps und dem Damoklesschwert der drohenden polizeilichen Räumung bald Ernüchterung, Erschöpfung und Frustration breit. Ein Teil der AktivistInnen entsagte jeglichem Engagement; andere landeten in stärker strukturierten Gruppierungen. Ob und in welchem Maße sie weiterhin egalitäre Ansprüche vertreten, wäre nur durch eine Verbleibsstudie zu klären.

Mit einigen Ausnahmen, namentlich in Spanien und einigen Städten in den USA, hat Occupy keine sichtbaren Spuren hinterlassen. Die Kritik an gruppen- und bewegungsinternen Machtstrukturen, am Repräsentationsprinzip und Mehrheitsentscheidungen bleibt jedoch ein Stachel im Fleisch aller linken und linksliberalen Bewegungen, die das demokratische Banner hochhalten. Selbst durchaus formal strukturierte Organisation wie Attac sind davon nicht ausgenommen, ist doch auch dort das Bemühen erkennbar, Entscheidungen deliberativ herbeizuführen und ein leicht abgeschwächtes Konsensprinzip (90 Prozent Zustimmung gilt als Konsens) zu praktizieren. Davon ausgenommen sind Entscheidungen über den Haushalt, die nur von Delegierten getroffen werden können, wobei eine einfache Mehrheit genügt.

Die demokratische Frage, die linke Gruppierungen im Spannungsfeld zwischen anarchistischer und leninistischer Ideologie seit mehr als einem Jahrhundert umtreibt, führt auf der rechten Seite des Bewegungsspektrums kaum

zu Diskussionen, haben hier doch autoritäre Führerschaft und Organisationsdisziplin einen angestammten Platz. Stärker informelle Strukturen, etwa in Form von „Kameradschaften“, „autonomen Nationalisten“ und „Identitärer Bewegung“, sind wohl kaum Ausdruck ideologischer Grundhaltung, sondern vielmehr teils präventive Antwort auf polizeilichen Überwachungs- und Verfolgungsdruck. Auch sind die rechtspopulistischen Forderungen nach direkter Demokratie kaum als Ausweis demokratischer Gesinnung zu bewerten. Vielmehr soll die Protestwahl bezüglich des politischen Personals durch die Protestabstimmung in der Sache ergänzt werden in der Annahme, die derzeitige Minderheit der *wahren* Vertreter des Volksinteresses verwandele sich über kurz oder lang zur numerischen Mehrheit des *echten* Volkswillens.

3 | Wohin treibt die Demokratie?

Die gegenwärtige Ausformung der liberal-repräsentativen Demokratie ist nicht der Endpunkt der Geschichte von Demokratie. Allerdings sind die institutionellen Spielräume des Repräsentationsprinzips im Wesentlichen ausgereizt. Mir fehlt jedenfalls die Phantasie, sich *innerhalb* dieses Rahmens grundlegende Neuerungen vorzustellen. Den konzeptionellen Gegenpol zum Repräsentationsprinzip, das sich real als Elitenherrschaft durchsetzt (Bachrach 1967), bildet die keineswegs neue Idee einer stärker partizipatorischen, deliberativen Demokratie, einer „Demokratie von unten“, wie sie in wiederholten Schüben auf Seiten progressiver Bewegungen, aber auch von VertreterInnen einer engagierten Sozialphilosophie und Politikwissenschaft gefordert wird (Pateman 1970; Barber 1985; Roth 1994; Dryzek 1996; Norris 2002). In jüngerer Zeit ist das Drängen auf eine Demokratisierung der Demokratie auch durch kritische Analysen postdemokratischer bzw. postliberaler Zustände genährt worden (Crouch 2004; Milbank/Pabst 2016).

Bemühungen um eine Demokratisierung auf *Systemebene* sind in den letzten Jahrzehnten nur in Ansätzen und Teilbereichen erfolgreich

gewesen. Von einem Durchbruch kann keine Rede sein. Zu stark sind die Beharrungskräfte, zu stark auch die Interessen derer, die Macht zu verlieren haben, aber radikaldemokratische Forderungen mit dem bekannten argumentativen Arsenal abwehren, die Entscheidungsmaterien seien zu komplex, die Interessen zu partikular, die Bürgermeinungen zu volatil, die Emotionen zu unkontrolliert, die Gefahr von Meinungsmanipulation zu groß, um eine Einmischung ins politische Geschäft der Professionellen zu rechtfertigen. So gesehen ist es geradezu erstaunlich, dass der Bürgerschaft immerhin die Kompetenz und Weisheit zugebilligt wird, sich wenigstens das geeignete Personal auszuwählen, dass von all den genannten Defekten frei zu sein scheint oder dessen spannungsreiches Zusammenwirken das Gemeinwohl fördern würde.

Mit Blick auf die *interne* Demokratisierung linker sozialer Bewegungen fällt meine Bilanz weniger skeptisch aus. Den augenfälligsten Kontrast liefert die Gegenüberstellung der Strukturen und kommunikativen Praxen der sektiererischen, in absurde Abgrenzungsversuche verwickelten kommunistischen Gruppen der 1970er-Jahre (Autorenkollektiv 1977; Koenen 2001) und der heute vorherrschenden Muster. Das damalige interne Geschehen war von ideologisch und rhetorisch geschulten Platzhirschen dominiert; an eine Metakommunikation über Art und Regeln des Kommunizierens war nicht zu denken. Und wer in einer Versammlung das Vorrecht hatte, das Mikrofon zu ergreifen, erging sich in ausholenden Belehrungen der noch als schulungsbedürftig eingestuft Genossen.

Ein solches Gebaren ist nicht nur in fast allen linken Bewegungen der Gegenwart selten geworden, sondern gilt auch nicht schon bewegungsförmig ausgerichteten Kreisen, z. B. einer studentischen Vollversammlung, als inakzeptabel. Auch dort haben in Bewegungen erprobte Kommunikationsregeln Einzug gehalten. Dazu gehört die zeitliche Begrenzung der Redezeiten Einzelner, das Ausreden-lassen und die Beachtung der Geschlechterparität bei Redebeiträgen. In manchen Bewegungskontex-

ten werden zudem Rollen benannt, um eine möglichst herrschaftsfreie Kommunikation zu sichern. So gibt es vereinzelt neben der Moderatorenfunktion gelegentlich auch die Beobachterrolle, von der aus die Muster der Kommunikation an die TeilnehmerInnen der Debatte zurückgespiegelt werden. Die feministische Bewegung mit ihrem scharfen Auge für alltägliche Machtstrukturen dürfte an der Durchsetzung solcher Verfahrensregeln den größten Anteil haben.

Der Blick auf derartige Praktiken sollte allerdings nicht zu Sozialromantik verleiten. Allenthalben finden sich formelle und informelle Hierarchien auch in Gruppen, die radikaldemokratische Ansprüche erheben (Leach 2006), ganz zu schweigen von den sich als „realistisch“ verstehenden Organisatoren und Strategen, die nach wie vor davon ausgehen, dass die Ansprüche von Effektivität und Demokratie in einer Art von Nullsummenspiel abzuwägen seien, wie es auch bekannte Politikwissenschaftler behauptet hatten (Dahl 1994). Dass dies nicht (immer) der Fall sein muss, belegen empirische Studien (Leach 2016).

Romantik verbietet sich insbesondere angesichts des Aufschwungs rechtspopulistischer und rechtsradikaler Kreise. Deren Wirkung reicht inzwischen nicht nur bis in die Herzkammern des repräsentativen politischen Betriebs, sondern betrifft auch die Kindererziehung und Rollenverteilung in Familien, die Nachbarschaften, Sportvereine, Freiwilligen Feuerwehren und vieles andere. Was sich damit auch für ein Land wie die Bundesrepublik abzeichnet, ist eine wachsende politische Polarisierung. Deren entscheidender Bezugspunkt ist nicht etwa die Integration von MigrantInnen und die Propagierung von Leitkultur, Heimat und Patriotismus, sondern vielmehr das Verständnis und, mehr noch, die Praxis von Demokratie als Lebensform.

Dieter Rucht, em. Professor für Soziologie, ist Mitglied im Vorstand des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung und Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Kontakt: dieter.rucht@wzb.eu

Literatur

- Agnoli, Johannes/Brückner, Peter* 1967: Die Transformation der Demokratie. Berlin: Voltaire.
- Autorenkollektiv* 1977: Wir warn die stärkste der Parteien. Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Bachrach, Peter* 1967: The Theory of Democratic Elitism: A Critique. Boston: Little, Brown & Co.
- Barber, Benjamin* 1984: Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age. Berkeley: University of California Press.
- Boggs, Carl* 1977: Marxism, prefigurative communism and the problem of workers' control. *Radical America*, Jg. 6 (Winter): 99-122. Online: <https://libcom.org/library/marxism-prefigurative-communism-problem-workers-control-carl-boggs> (eingesehen am 17.4.2018).
- Breines, Wini* 1982: The Great Refusal: Community and Organization in the New Left, 1962-1968. New York: Praeger.
- Crouch, Colin* 2004: Post-Democracy. Cambridge: Wiley.
- Dahl, Robert A.* 1994: A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. In: *Political Science Quarterly*, no. 109: 23-34.
- della Porta, Donatella* (Hg.) 2009: Democracy in Social Movements. New York: Palgrave.
- della Porta, Donatella* 2013: Can Democracy Be Saved? Participation, Deliberation and Social Movements. Cambridge: Polity Press.
- della Porta, Donatella* 2015: Democracy in Social Movements. In: della Porta, Donatella/Diani, Mario (Hg.): The Oxford Handbook of Social Movements. Oxford: Oxford University Press. Online: <http://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199678402.001.0001/oxfordhb-9780199678402-e-23> (eingesehen am 17.4.2018).
- Downs, Anthony* 1957: An Economic Theory of Democracy. New York: Harper.
- Dryzek, John S.* 1996: Political Inclusion and the Dynamics of Democratization. *American Political Science Review*, Jg. 90, Heft 1: 475-487.
- Ein Gespräch über die Zukunft* 1968: mit Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler. In: *Kursbuch* 14: 146-174.
- Freeman, Jo* 1982 [1970]: The Tyranny of Structurelessness. London: Dark Star. Online: <http://www.Jofreeman.com/joreen/tyranny.htm> (eingesehen am 17.4.2018).
- Goertz, Hans-Jürgen* 1984: Alles gehört allen. Das Experiment Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute. München: C.H. Beck.
- Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter* 2008: Angst vor dem Souverän? Verfassungsstarre und Partizipationsbegehren in Deutschland. In: Kocka, Jürgen (Hg.): *Zukunftsfähigkeit Deutschlands – Sozialwissenschaftliche Essays*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: 107-130.
- Habermas, Jürgen* 1961: Einleitung. Über den Begriff der politischen Beteiligung. In: Habermas, Jürgen et al.: *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten*. Neuwied und Berlin: Luchterhand: 13-55.
- Habermas, Jürgen* 1988: Interview. In: *Frankfurter Rundschau*, 11.3.1988.
- Hammond, John L.* 2012: Social Movements and Struggles for Socialism. In: Anton, Anatole/Schmidt, Richard (Hg.): *Taking Socialism Seriously*. Lanham: Lexington Books: 213-247.
- Haug, Christoph* 2010: Discursive decision-making in meetings of the global justice movements: cultures and practices. Unpublished PhD dissertation. Free University of Berlin.
- Juris, Jeffrey S./Ronayne, Michelle/Shokooh-Valle, Firuzeh/Wengronowitz, Robert* 2012: Negotiating Power and Difference within the 99%. In: *Social Movement Studies*, Jg. 11, Heft 3-4: 434-440.
- Koenen, Gerd* 2001: Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-77. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Leach, Darcy K. 2006: The Way is the Goal: Ideology and the Practice of Collectivist Democracy in German New Social Movements. Ph.D. Dissertation, University of Michigan, Department of Sociology. Ann Arbor.

Leach, Darcy K. 2013: Prefigurative Politics. In: Snow, David A./della Porta, Donatella/Klandermans, Bert/McAdam, Doug (Hg.): The Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements. Oxford: Wiley-Blackwell Press: 1004-1006.

Leach, Darcy K. 2016: When Freedom is Not an Endless Meeting: A New Look at Efficiency in Consensus-Based Decision-Making. In: The Sociological Quarterly, Jg. 57, Heft 1: 36-70.

Mackie, Gerry 2009: Schumpeter's Leadership Democracy. In: Political Theory, Jg. 37, Heft 1: 128-153.

Milbank, John/Pabst, Adrian 2016: The Politics of Virtue: Post-Liberalism and the Human Future. Lanham: Rowman & Littlefield.

Norris, Pippa 2002: Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism. Cambridge: Cambridge University Press.

Pateman, Carole 1970: Participation and Democratic Theory. London: Cambridge University Press.

Paris, Rainer/Sofsky, Wolfgang 1991: Figurationen sozialer Macht. Autorität – Stellvertretung – Koalition. Opladen: Leske + Budrich.

Polletta, Francesca 2002: Freedom is an Endless Meeting: Democracy in American Social Movements. Chicago: University of Chicago Press.

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln: Bund Verlag.

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg: Edition Koerber-Stiftung.

Rucht, Dieter 1997: Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: 382-403.

Rucht, Dieter 2011: Social Forums as Public Stage and Infrastructure of Global Justice Movements. In: Smith, Jackie et al. (Hg.): Handbook on World Social Forum Activism. Boulder/London: Paradigm: 11-28.

Rucht, Dieter/Roth, Roland 2008: Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Handbuch Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1949. Frankfurt/M.: Campus Verlag: 636-668.

Rucht, Dieter/Haug, Christoph 2013: Structurelessness: an evil or an asset? A case study. In: della Porta, Donatella/Rucht, Dieter (Hg.): Meeting Democracy: Power and Deliberation in Global Justice Movements. Cambridge: Cambridge University Press: 179-213.

Rucht, Dieter/Teune, Simon 2017: Einleitung: Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel. In: Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.): Protest in Bewegung? Zum Wandel der Bedingungen, Formen und Effekte des politischen Protests. Leviathan Sonderband 33. Baden-Baden: Nomos: 9-33.

Schumpeter, Joseph 1950 [1944]: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München: A. Francke Verlag.

Sitrin, Marina 2012: Everyday Revolutions. Horizontalism and Autonomy in Argentina. London: ZED.

Students for a Democratic Society (SDS)/John Hayden 1962: Port Huron Statement, June 15.

Szolucha, Anna 2017: Real Democracy in the Occupy Movement: No Stable Ground. New York: Routledge.

Williams, Dana M. 2017: Black Flags and Social Movements: A Sociological Analysis of Movement Anarchism. Manchester: Manchester University Press.

Yates, Luke 2015: Rethinking Prefiguration: Alternatives, Micropolitics and Goals in Social Movements. In: *Social Movement Studies*, Jg. 14, Heft 1: 1-21.